



Aktionsplan 2021–2025

IndustriALL Global Union

Dritter Kongress von IndustriALL Global Union 14.–15. September 2021



I- **Überblick und Analyse der globalen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und arbeitsmarktpolitischen Lage**

Einleitung

Eine andere Welt ist möglich und notwendig. Um sie zu verwirklichen, brauchen wir weltweite gewerkschaftliche Solidarität und Kooperation für Frieden, Demokratie und Rechte. Unser Auftrag ist es, für soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Gleichstellung mit einem menschenwürdigen Lebensstandard für alle zu sorgen. Hierzu gehört der freie und universelle Zugang zu hochwertiger öffentlicher Bildung, einem hochwertigen öffentlichen Gesundheitswesen, zu einem effizienten öffentlichen Transportsystem, einem hochwertigen Wohnungswesen, sanitärer Versorgung und zu Arbeitsplätzen, die Zeit für Erholung und kulturelles Leben erlauben. Politische Rechte wie Meinungs-, Presse- und Vereinigungsfreiheit sind wesentliche Bestandteile demokratischer Gesellschaften.

IndustriALL Global Union setzt sich dafür ein, alle Mitgliedsorganisationen solidarisch zu unterstützen und sie gegen den Missbrauch der Menschen- und Arbeitnehmerrechte durch Unternehmen oder Regierungen zu mobilisieren und zu organisieren. Geschlechtergleichstellung und Förderung der Frauenrechte sind grundlegende Prinzipien bei allen Handlungen und Aktivitäten von IndustriALL.

Weltweiter Überblick und Analyse

Weltweit erlebt das Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsleben eine tektonische Verschiebung, hervorgerufen durch die rapide Ausbreitung von Digitalisierung und Automatisierung, durch Veränderungen der Energie- und Fertigungstechniken, den Klimawandel, demografische Entwicklungen, veränderte Handelsbestimmungen und ein anderes politisches Umfeld. Diese Situation stellt die Arbeitswelt vor neue Herausforderungen und birgt Risiken, insbesondere für nachhaltige, sichere und menschenwürdige Beschäftigung.

Als globale Vertreterin der Beschäftigten in der Fertigungsindustrie hat IndustriALL eine enorme Verantwortung, um diesen massiven Wandel mit einem Konzept des gerechten Übergangs für menschenwürdige Arbeitsplätze und nachhaltige Lebensgrundlagen bewältigen zu können.

Das derzeitige System ist gescheitert

Seit dem Beginn der neuartigen Coronavirus-Krise ist alles anders, aber in Wirklichkeit hat sich gar nichts verändert. Diese weltweite Krise verdeutlicht das Versagen des globalen Wirtschaftssystems. Wir müssen eingreifen, um das Narrativ zu ändern. Die Welt befindet sich in einer Krise, und das nicht zum ersten Mal. Die Gewerkschaftsbewegung hat schon viele Krisen erlebt. Dennoch ist es dieses Mal anders, und die Folgen für die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der ganzen Welt sind tiefgreifend.

Darüber hinaus hat die Covid-19-Pandemie die Beschäftigten und ihre Gemeinschaften unterschiedlich getroffen. Sie wirkt sich unverhältnismäßig stark auf Gruppen aus, die bereits zuvor benachteiligt waren: arme Arbeiterinnen, prekär Beschäftigte, Arbeiter in der informellen Wirtschaft, indigene Völker, Arbeitsmigrantinnen und -migranten, Geflüchtete, Minderheiten und andere.

Das allgemeine Recht auf Zugang zu medizinischer Versorgung, insbesondere zu Impfstoffen und möglichen Medikamenten zur Behandlung von Covid-19, sollte nicht von der Kaufkraft der Regierungen und anderen Marktdynamiken abhängen. Es sollte keine Bürger erster und zweiter Klasse geben und niemand sollte zurückgelassen werden. Es ist

entscheidend, dass wir den Weg der Zusammenarbeit, Solidarität und Gerechtigkeit nicht verlassen. Wir setzen uns für das Recht auf allgemeinen Zugang zu Impfungen ein.

Während wir uns von den gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser Pandemie erholen, sollten wir nicht zum „business as usual“ zurückkehren. Stattdessen muss unbedingt eine neue und gerechtere Welt entstehen, die in der Lage ist, das inakzeptable Ausmaß an Ungleichheit, den Mangel an sozialem Schutz und die drohende Klimakatastrophe zu bewältigen und menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Mehrheit zu schaffen.

Nun, da Hunderttausende sterben, ist nicht die Zeit, den Markt entscheiden zu lassen. Wir können nicht zulassen, dass wieder einmal die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Preis für die Krise zahlen müssen. Der Status quo kann nicht einfach fortbestehen. Das derzeitige Modell ist unhaltbar und muss umgestaltet werden.

Bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern in der Arbeitswelt und in unseren Gesellschaften wurden vertieft und verschärft. Die zerbrechlichen Fortschritte der letzten Jahrzehnte sind in Gefahr. Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag und ein menschenzentriertes Entwicklungsmodell.

Kampf für Demokratie

In vielen Ländern der Welt ist die Demokratie in der Krise.

IndustriALL Global Union und ihre Mitgliedsorganisationen sind entschieden gegen jegliche Putschversuche oder antidemokratischen Interventionen gegen den freien Willen und die Stimme des Volkes. Wir verteidigen echte Demokratie auf der Grundlage der Achtung der Menschenrechte und stehen geschlossen an der Seite der Menschen in den betroffenen Ländern.

Die arbeitende Bevölkerung ist immer stärker von der Globalisierung enttäuscht, und internationale Normen werden selbst in den entwickelten Volkswirtschaften immer weniger geachtet. Eigennutz, fehlende Solidarität und Habgier verbinden sich und bilden einen Nährboden, in dem konservative, rechtsgerichtete Parteien und Populismus wiederaufleben und ein Rückzug in den Nationalismus stattfindet.

Das Aufkommen und die Stärkung von Diktaturen und autoritären Machthabern, selbst in demokratischen Ländern, die für Xenophobie und Rassismus stehen, Diskriminierung, sexuelle Belästigung und andere Formen der geschlechtsbezogenen Gewalt durch Frauenfeindlichkeit legitimieren oder demokratische Rechte und Freiheiten mit Füßen treten, verstärkt Ängste, Spaltung und Ausgrenzung. Das wiederum heizt Terrorismus und Konflikte an.

In vielen Staaten sind Rechtsstaatlichkeit und das Recht auf gerechte Verfahren zusammengebrochen, und die Justiz wird gegen demokratische Kräfte und die Zivilgesellschaft eingesetzt.

Steuergerechtigkeit

Die zu geringe Besteuerung reicher Einzelpersonen ist einer der Hauptgründe für die weltweite Zunahme der Ungleichheit. In vielen Ländern sind Einkommens-, Unternehmens- und Erbschaftssteuern gesunken, während die Gehaltsempfängerinnen und -empfänger eine immer größere Steuerlast tragen. Durch das Scheitern der Regierungen, globale digitale Konglomerate zu regulieren und zu besteuern, können sich in vielen Branchen der

Weltwirtschaft Machtmonopole bilden. Es fehlt der politische Wille, die Beschäftigungs-, Steuer-, und Sozialpolitik der globalen digitalen Plattformen gesetzlich zu regulieren. IndustriALL muss für Steuergerechtigkeit kämpfen.

Die jahrelange Sparpolitik und Kürzungen der öffentlichen Ausgaben haben wichtige soziale Dienste, einschließlich unserer Gesundheitsdienste, bis auf die Knochen ausgehöhlt. Die Welt muss in hochwertige öffentliche Dienstleistungen investieren, insbesondere in Gesundheit und Bildung. Es ist jetzt an der Zeit, unsere wirtschaftlichen, produktiven und sozialen Systeme so wieder aufzubauen, dass sie widerstandsfähiger werden. Der Wiederaufbau der öffentlichen Dienste erfordert Investitionen in Milliardenhöhe.

Die Welt erlebt eine breite Widerstandsbewegung, die von Basisbewegungen, der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften organisiert wird, um in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz Gerechtigkeit einzufordern und zu erlangen. Die Menschen nutzen ihr Recht auf Meinungsäußerung und stehen auf, um die zunehmende Ungleichheit zu überwinden. IndustriALL Global Union beteiligt sich und unterstützt den wachsenden rechtmäßigen und legitimen Kampf in der ganzen Welt.

Die aktuellen multilateralen Strukturen sind dabei gescheitert, die weltweite repressive, nationalistische Flut abzuwehren. Die Vereinten Nationen und multilaterale Organisationen – einschließlich der internationalen Finanzinstitutionen, deren Mandate von den Bereichen Sicherheit, Entwicklung, Umwelt, Menschenrechte, Frauen, Geflüchtete, Finanzsteuerung, Handel bis hin zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern reichen – sind unwirksam geworden und müssen im Interesse der Vielen und nicht zum Nutzen der Wenigen reformiert werden. Dabei sollten die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, insbesondere in Bezug auf die Verwirklichung von Gesundheit und Wohlbefinden, im Vordergrund stehen.

Förderung einer nachhaltigen Handels- und Industriepolitik

Auf globaler Ebene müssen wir die starke politische Botschaft vermitteln, dass die aktuellen Handelsabkommen nicht mit Arbeitnehmerrechten und einer nachhaltigen Entwicklung im Einklang stehen. Es muss einen politischen Ruf nach einer alternativen Handelspolitik geben, die die Bedürfnisse der Beschäftigten in der ganzen Welt berücksichtigt. In den zentralen Foren der globalen Handelspolitik sollte ein inkludierendes Wirtschaftswachstum und eine nachhaltige Entwicklung eingefordert werden.

Die jahrzehntelange Deindustrialisierung und die Abhängigkeit von globalen Fertigungs- und Handelsnetzen haben unsere Kapazitäten zur Produktion oder kurzfristigen Beschaffung lebenswichtiger Güter – von Lebensmitteln bis hin zu persönlicher Schutzausrüstung und sogar grundlegenden pharmazeutischen und medizinischen Gütern – geschwächt. Eine industrielle Umstellung, wie sie in vielen unserer Branchen zu beobachten ist, um Güter an die vorderste Front zu liefern, kann auch bei der Gestaltung einer nachhaltigen Industriepolitik hilfreich sein. Diese Politik muss die von uns geforderten dringenden Konjunktur- und Arbeitsplatzmaßnahmen lenken, oder wir riskieren weitere Schäden für Gesellschaft und Umwelt.

Durch disruptive Entwicklungsmodelle und unfaire Handelspraktiken, wie sie etwa China betreibt, werden die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Beschäftigten unterdrückt. Das ist eine ernste Bedrohung für eine nachhaltige Entwicklung und erhöht den weltweiten Druck auf die Arbeitnehmerrechte.

Es ist zutiefst beunruhigend, dass Werktätige in vielen Ländern, auch in China, bei der Ausübung ihrer grundlegenden Rechte auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen erheblichen institutionellen Einschränkungen unterliegen. Ihnen wird das Recht verwehrt, freie Gewerkschaften zu ihrer Vertretung zu bilden, Kollektivverhandlungen über Löhne und Arbeitsbedingungen zu führen und das legale Recht auf Durchführung kollektiver Maßnahmen wie das Streikrecht in Anspruch zu nehmen. Die Regierungen sollten das Arbeitnehmerrecht auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen respektieren und ein Umfeld schaffen, dass für das Funktionieren freier und unabhängiger Gewerkschaften förderlich ist.

Es werden mehr Menschen vertrieben als jemals zuvor in der Geschichte. Hervorgerufen wird der massive Migrantenstrom durch den Klimawandel, demografische Entwicklungen, Urbanisierung, das Fehlen menschenwürdiger Arbeitsplätze, absolute Armut, Verfolgung, Kriege sowie soziale und politische Unruhen. Das Asylrecht ist ein grundlegendes Menschenrecht, das geschützt werden muss.

Zunehmende Ungleichheit

Das historische Niveau an Ungleichheit, Massenarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, prekäre Arbeitsverträge und Arbeitsplätze in der informellen Wirtschaft sind das Ergebnis eines ungerechten und nicht nachhaltigen Wirtschaftsmodells, das zugunsten der Kapitaleigner konzipiert wurde. Es ist ganz absichtlich ein Modell der Ungleichheit, in dem globale Konzerne die Regierungen und die Menschen beherrschen und kontrollieren und die Demokratie selbst bedrohen. Damit der Reichtum in den Händen der wenigen Reichen verbleibt, bedient man sich der Diskriminierung als Instrument zur Spaltung der Menschen aufgrund von Geschlecht, Rasse, Religion, sexueller Vorlieben oder anderer Merkmale.

Die Finanzkrise hat das diesem System innewohnende Marktversagen aufgedeckt, doch das System besteht auch nach der Erholung weiter fort.

Noch immer ist die Realwirtschaft durch schlecht regulierte Finanzmärkte gefangen. In den meisten Branchen haben Fusionen und Übernahmen zu Monopolen und Oligopolen geführt. Die Investitionen waren unzureichend, um eine Erholung zum Nutzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer herbeizuführen; gleichzeitig hat sich die Ungleichheit intensiviert und das reichste 1 Prozent der Menschen verfügt nun über mehr als die Hälfte des weltweiten Wohlstands.

Multinationale Konzerne und globale Lieferketten

Multinationale Konzerne haben die schrumpfende Kontrolle der öffentlichen Hand ausgenutzt und Handelsabkommen dazu missbraucht, um Regulierungen zu vermeiden und die Privatisierung des öffentlichen Sektors voranzutreiben. In Ländern mit hohen Auslandsinvestitionen haben sich weder Arbeitsbedingungen, Löhne oder soziale Sicherung verbessert, noch hat die prekäre Beschäftigung abgenommen. Seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise im Jahr 2008 haben über 120 Länder irgendeine Art der Arbeitsmarktreform durchgeführt und dem Druck der Multis nachgegeben, damit diese ihre Arbeitskosten senken, die Arbeitnehmerrechte verschlechtern und ihre Profite steigern konnten. Zudem beobachten wir, dass Nachrichten und Informationen verzerrt werden, um Menschen absichtlich in die Irre zu führen bzw. falsch zu informieren, und es wird versucht, selbst das Konzept der Wahrheit und das Recht der Menschen auf seriöse und objektive Information anzuzweifeln.

Die globalen Lieferketten beeinflussen die Wirtschaft und das Leben der Menschen in zunehmendem Maße, und sie verändern Handel, Produktion, Investitionen, Arbeitsbeziehungen und die Arbeit selbst drastisch.

80 Prozent des internationalen Handels können inzwischen mit den globalen Produktionsnetzwerken der multinationalen Konzerne in Verbindung gebracht werden. 60 Prozent des Welthandels in der Realwirtschaft hängen von den Lieferketten von 50 Konzernen ab, die nur sechs Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer direkt beschäftigten, aber auf eine versteckte Arbeitnehmerschaft von 116 Millionen Menschen zurückgreifen.

Maßgeblich ist, dass Unternehmen, die ihre Beschaffung über die Lieferketten abwickeln, versuchen, sich ihrer Verantwortung gegenüber den Beschäftigten der Zulieferer und Subunternehmer zu entziehen. Die Verknüpfung der internationalen Fragmentierung der Produktion mit veränderten Arbeitsbeziehungen und der noch nie dagewesenen Macht einiger weniger Konzerne führt weltweit zu einer noch intensiveren Ausbeutung von Arbeitskräften. Am Ende dieser Lieferketten stehen Beschäftigte im informellen Sektor der Subsistenzwirtschaft, eine Situation, die Millionen Menschen betrifft, auch Frauen und Kinder. In unseren Branchen haben diese Beschäftigten weder Arbeitsverträge noch eine Sozialversicherung, und es gibt keine Maßnahmen zur Vermeidung von Berufsrisiken.

Dieses vorherrschende Modell der konzerngesteuerten Globalisierung zieht noch andere gewaltige Herausforderungen nach sich: Arbeitsplatzmangel, Überalterung vieler Gesellschaften, Klimawandel, eine neue Welle technologischer Innovationen, das Aufkommen neuer Geschäftsformen wie etwa digitale Plattformen und neue Formen prekärer Beschäftigung.

Unsere Vision der Globalisierung

Unsere Alternative ist ein auf Nachhaltigkeit und Umweltschutz beruhendes, menschenzentriertes Globalisierungsmodell mit regionaler Integration und produktiver Komplementarität, in dem Handelsabkommen verbindliche Klauseln enthalten, etwa über nachhaltige Entwicklung, Arbeitnehmerschutz, Menschenrechte, Umweltschutz, den Anspruch auf Geltendmachung dieser Rechte, die Anerkennung einer regulatorischen Macht sowie die Verpflichtung zu öffentlichen Dienstleistungen.

Niemand sollte zurückgelassen werden, das ist eine wichtige Verantwortung der globalen Gewerkschaftsbewegung.

Die Vorteile der Globalisierung sind also bislang nicht gleichmäßig verteilt worden. Sofern die konzerngesteuerte Globalisierung nicht reguliert wird, wird sie auch weiterhin einen Unterbietungswettbewerb um die niedrigsten Sozial- und Umweltstandards antreiben.

IndustriALL Global Union fordert eine gerechte Regulierung des globalen Kapitals, eine demokratische Weltordnungspolitik mit Investitionen, die demokratisch geprüft werden und bei denen die Öffentlichkeit und die Bedürfnisse der Menschen Vorrang haben. Gerechter Handel, nachhaltige und integrative Entwicklung, globale Steuergerechtigkeit, Transparenz und verantwortungsvolle Staatsführung auf globaler Ebene können nur dann entstehen, wenn gegen Korruption, illegalen Handel und Produktfälschung vorgegangen, für Wohlstand und Gleichheit in weniger entwickelten Ländern gesorgt und die Migration als natürliches globales Phänomen, das globale Antworten verdient, bewältigt wird.

Darüber hinaus brauchen wir eine gerechte Verteilung der Gewinne der globalen Wirtschaftstätigkeit. Wir fordern verbindliche internationale Durchsetzungsmechanismen, um die Achtung der internationalen Arbeits- und Umweltstandards zu garantieren; wir fordern mehr Unterstützung, um die Auswirkungen der Globalisierung auf jene abzumildern, die Gefahr laufen, das Nachsehen zu haben; wir fordern Zugang zu Bildungs- und Schulungsmöglichkeiten für alle in allen Altersgruppen als universelles soziales Grundrecht; wir fordern die Stärkung der Kollektivverhandlungssysteme; wir fordern die Einrichtung,

Aufrechterhaltung und Stärkung des sozialen Schutzes zur Gewährleistung einer universellen Gesundheitsversorgung, und wir fordern Einkommenssicherheit von der Wiege bis zur Bahre.

All dies, um dafür zu sorgen, dass die Globalisierung allen Menschen überall zugute kommt.

Historische Rolle der Gewerkschaftsbewegung

Die Coronavirus-Krise ist eine Chance, um das geierkapitalistische Wirtschaftssystem in Frage zu stellen. Wie frühere Krisen beweist auch diese, dass sich die Beschäftigten nur auf ihre eigene Stärke und ihre Gewerkschaften verlassen können, um ihre Lebensgrundlagen zu verteidigen. Durch die Verstärkung von Solidaritätsaktionen und die entschlossene Verteidigung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, der Arbeitsplätze und des Einkommens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können die Gewerkschaften ihre herausragende Rolle als Motor der globalen Agenda wieder einnehmen.

IndustriALL Global Union muss weiterkämpfen

Gewerkschaften, progressive Bewegungen und politische Parteien haben die Chance, eine neue Gesellschaft aufzubauen. Wenn IndustriALL Global Union ein Teil davon sein soll, müssen wir sicherstellen, dass unsere Organisation Kampagnen und Aktionen organisieren und die Lösungen liefern kann, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dringend brauchen.

Wir müssen dies innerhalb der Strukturen unserer Gewerkschaften tun, die unsere bestehende Realität ausmachen, aber das bedeutet nicht, dass wir mit ihnen zufrieden sind. Unser Handeln muss sich an den Prinzipien der gewerkschaftlichen Organisation orientieren. Wenn wir dem Kapital die Stirn zu bieten wollen, müssen wir die Menschen mitnehmen. Wir müssen Gewerkschaften zusammenbringen und mächtigere Organisationen in Sektoren und Branchen schaffen, anstatt zersplitterte Organisationen, um betriebliche Macht zu schaffen.

Unsere wichtigsten Grundsätze müssen sein:

- die gewerkschaftliche Organisation an den wirklichen Bedürfnissen der Beschäftigten in der ganzen Welt ausrichten
- durch unser Handeln Hoffnung geben, gerade jenen, die in Verzweiflung versinken könnten
- für angemessene Entlohnung sorgen, die den wachsenden Qualifikationen der Beschäftigten entspricht
- dem anhaltenden Wachstum prekärer Beschäftigungsverhältnisse in all ihren Formen, einschließlich der Scheinselbstständigkeit, entgegenzutreten
- ein besseres Leben für die Beschäftigten, ihre Familien und Gemeinden fordern
- für universelle öffentliche Dienstleistungen und öffentliche Investitionen in eine nachhaltige Zukunft kämpfen
- die Gleichstellung der Geschlechter in der Arbeitswelt und unseren Gesellschaften verteidigen und vorantreiben
- in unseren Gemeinschaften und Nationen eine Führungsrolle übernehmen und den Stimmlosen eine Stimme geben

Aufruf zum Handeln

Durch unsere globale gewerkschaftliche Solidarität und unser Handeln wehren wir uns und bauen das Modell einer Welt auf, wie wir sie wollen. Mit diesem Aktionsplan werden wir unsere Antworten im Einklang mit unseren strategischen Zielen weiter stärken und

koordinieren. Der Aktionsplan wird von unseren Mitgliedsorganisationen und dem Sekretariat umgesetzt, die zusammen IndustriALL Global Union bilden. Um unsere Vision einer besseren Welt zu verfolgen, werden wir mit anderen globalen Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und anderen Organisationen, die unsere Ziele unterstützen, zusammenarbeiten. Durch die Billigung dieses Aktionsplans verpflichten wir uns dazu, die Maßnahmen zu ergreifen, die wir zur Erreichung unserer kollektiven Ziele als notwendig erachten.

Die Mitgliedsorganisationen von IndustriALL Global Union haben die Entschlossenheit, die Fähigkeit und die Kraft, eine bessere Welt und bessere Zukunft zu schaffen. Packen wir's gemeinsam an!

Amandla, Awetu!

Gemeinsam für eine gerechte Zukunft!

II- Strategische Ziele und Maßnahmen von IndustriALL Global Union

1. Die Arbeitnehmerrechte fördern

- 1.1 Weltweit werden die **grundlegenden Gewerkschaftsrechte** angegriffen. Eine Regierung nach der anderen führt Gesetze zur Aushöhlung der Rechte am Arbeitsplatz ein, und viel zu viele Länder haben die ILO-Übereinkommen 87 und 98 noch immer nicht ratifiziert. Die Zahl der Länder, in denen den Beschäftigten das Recht auf Gründung und Beitritt zu einer Gewerkschaft verweigert wird, nimmt zu. Angriffe auf das Recht auf Streik und Kollektivverhandlungen sind weltweite Instrumente der Regierungen, um die legitime Rolle der Gewerkschaften zu untergraben. Beschäftigte werden entlassen, festgenommen und inhaftiert, weil sie ihre Rechte wahrnehmen. In den Lieferketten werden die Arbeitnehmerrechte immer weniger geachtet. Die Aufgabe von IndustriALL besteht darin, die Arbeitnehmerrechte überall zu schützen, zu fördern und zu verbessern und sie gegen Angriffe von Arbeitgebern und Regierungen zu verteidigen. Das Ziel ist die universelle Anerkennung und wirksame Umsetzung der Arbeitnehmerrechte auf Vereinigungsfreiheit, Kollektivverhandlungen, Streik, sichere und gesunde Arbeitsplätze und des Rechts auf Beendigung aller Formen der Diskriminierung. Hierbei sind die ILO-Arbeitsnormen von zentraler Bedeutung.

Um für Demokratie und grundlegende Arbeitnehmerrechte zu kämpfen, müssen die ILO-Übereinkommen und die dazugehörige Rechtsprechung, einschließlich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, respektiert und umgesetzt werden. Bei der Anwendung dieser Maßnahmen müssen Regierungen und Arbeitgeber die Arbeitnehmerrechte auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen respektieren und alle Formen der Diskriminierung unterlassen. Besondere Aufmerksamkeit muss dem Schutz von Frauen und den am meisten gefährdeten Gruppen gewidmet werden. Angesichts der eindeutig unverhältnismäßigen Auswirkungen von Covid-19 auf Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, ethnische und religiöse Minderheiten, Migrantinnen und Migranten, Geflüchtete und andere Randgruppen müssen besondere Maßnahmen zum Schutz ihrer Rechte ergriffen werden.

IndustriALL Global Union wird:

- | |
|---|
| · den erweiterten Fokus der ILO-Jahrhunderterklärung über die Zukunft der Arbeit unterstützen, der auf Grundrechten wie Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen sowie auf angemessenen Mindestlöhnen, Obergrenzen der Arbeitszeit und auf Arbeits- und Gesundheitsschutz liegt. |
| · sich für die Ratifizierung, Umsetzung und Achtung aller internationalen Arbeitsstandards einsetzen. |
| · die Mitgliedsorganisationen dabei unterstützen, die Lücken zwischen Politik, Durchsetzung und Umsetzung von internationalen und nationalen Arbeitsstandards zu schließen. |
| · globale solidarische Unterstützung organisieren und mobilisieren, wenn Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte bedroht und angegriffen werden, und die Einmischung staatlicher Stellen in industrielle Beziehungen ablehnen. |

· Die Mitgliedsgewerkschaften bei der Stärkung ihrer Kapazitäten unterstützen, damit sie auf Gewerkschaftsrechtsverletzungen reagieren können.
· Gewerkschaftsbündnisse schmieden und strategische Kooperationen mit anderen Organisationen eingehen, um unsere kollektive Macht zur Förderung und Verteidigung unserer Rechte zu maximieren.
· sich für die Rechte von Beschäftigten einsetzen, die nicht von bestehenden Standards geschützt werden, etwa LGBTQ+-Beschäftigte und Arbeitsmigranten.
· ein ILO-Übereinkommen über globale Lieferketten einfordern, das eine verbindliche Haftung sowohl der direkten Arbeitgeber als auch der federführenden Unternehmen vorsieht und Leitlinien vermittelt, um eine Politik und Gesetze zu erarbeiten, die die Achtung der Arbeitnehmerrechte gewährleisten.

- 1.2 **Der Kampf gegen die Lohnkrise ist unerlässlich**, um gegen die weiter zunehmende **globale Ungleichheit** vorzugehen. Jedes Jahr wächst der Reichtum, den eine winzige Zahl von Superreichen hortet, während der Anteil sinkt, der den Beschäftigten übriggelassen wird. Das Machtgleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit hat sich massiv zugunsten des Kapitals verschoben. Das hat zu einer Lohnkrise geführt. Der Anteil der Arbeitseinkommen ist genauso rückläufig wie der Wert der Löhne. Millionen von Beschäftigten brauchen dringend existenzsichernde Löhne, um die Grundbedürfnisse ihrer Familien zu decken und ihre Lebensqualität zu verbessern. Das würde einen Bruchteil der Gewinne ausmachen, den die großen Konzerne durch die Arbeit aller Beschäftigten in den Lieferketten erzielen.

Die zunehmende Kluft zwischen Produktivitäts- und Lohnwachstum ist direkt auf die schrumpfende Tarifbindung zurückzuführen. In Ländern, in denen die Regierungen Gesetze eingeführt haben, um die gewerkschaftliche Macht durch die Demontage der Branchentarifverhandlungen einzuschränken, ist die Zahl der tarifgebundenen Beschäftigten massiv gesunken. Weltweit wird den Beschäftigten der Zugang zu einem Mechanismus verweigert, der ausdrücklich zur Förderung der sozialen Stabilität entworfen wurde, indem Gewerkschaften Verhandlungen über eine gerechtere Verteilung des von ihren Mitgliedern erwirtschafteten Wohlstands führen können. Länder mit höherer Tarifbindung und Branchentarifverträgen haben ein geringeres Lohngefälle.

Die Expansion der globalen Lieferketten dagegen wird von einem Geschäftsmodell angetrieben, das ausdrücklich dazu entworfen wurde, um Niedriglöhne, schlechte Arbeitsbedingungen und unzureichende Regulierungen bzw. Durchsetzungsmechanismen auszunutzen. Die Beschaffungs- und Vergabepraktiken der Einkäufer an der Spitze haben maßgeblichen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten am unteren Ende der Lieferketten. Die Beschäftigten in den Lieferketten tragen zu den Gewinnen riesiger multinationaler Konzerne bei, doch diese fordern ständig von ihren Zulieferern, ihre Produkte noch billiger herzustellen, während die Konzernprofite immer weiter in die Höhe schnellen.

Die Kraft der Gewerkschaften wird die ACT-Initiative für existenzsichernde Löhne in der Bekleidungsindustrie vorantreiben, und zwar durch branchenweite Tarifpolitik, die an die Einkaufs- und Vergabepraktiken der Markenunternehmen gekoppelt ist. ACT kann ein Beispiel dafür sein, wie menschenwürdige Löhne und Arbeitsbedingungen entlang der globalen Lieferketten in allen Branchen tarifpolitisch durchgesetzt werden können.

Alle zwischenstaatlichen Institutionen und Länder müssen Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit in den Mittelpunkt der makroökonomischen Politik stellen, um die Covid-19-Pandemie zu bekämpfen und eine nachhaltige Erholung von der Krise zu ermöglichen. Die globalen Finanzinstitutionen müssen den am wenigsten entwickelten Ländern sofort die Schuldentilgungen streichen oder aussetzen.

Um für einen universellen sozialen Schutz und hochwertige öffentliche Dienstleistungen zu kämpfen, ist eine globale und koordinierte Anstrengung nötig. Die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Beschäftigten und ihre Familien müssen abgemildert werden. Zu den Maßnahmen sollten Lohnkostenzuschüsse, die Ausweitung des Arbeitslosengeldes sowie der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf alle Beschäftigte gehören, also auf Gelegenheitsarbeiter, Selbstständige, Plattformarbeiter, Beschäftigte in der informellen Wirtschaft und Arbeitsmigrantinnen und -migranten. Regierungen und Arbeitgeber müssen die Härten abmildern, und zwar durch schnelle Hilfe und gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutz und zur Regulierung des Stroms von Arbeitsmigranten im Inland und weltweit.

Ebenso muss der Zugang zu guter medizinischer Versorgung und zu Medikamenten ein Recht für jeden Menschen sein. Die Zusammenarbeit auf globaler Ebene ist notwendig, um den sozialen Schutz für alle zu finanzieren und den ärmsten Nationen bei der Bewältigung der Pandemie zu helfen. Nationale Regierungen müssen den sozialen Schutz ausweiten, indem sie eine universelle soziale Grundversorgung und Krankenversicherung bereitstellen und alle Arbeitnehmer, auch die, die nicht in einem formellen Arbeitsverhältnis stehen, und ihre Familien zu schützen. Hochwertige öffentliche Dienstleistungen müssen durch Investitionen gestärkt werden, um den universellen Zugang zu Gesundheitsversorgung, Wasser, sanitären Einrichtungen, Nahrungsmitteln und Unterkünften zu gewährleisten, und es muss garantiert werden, dass diese Dienste mit ausreichendem Personal ausgestattet sind und die Rechte der Beschäftigten respektiert werden. Um Frauen zu entlasten, sollte der Zugang zu hochwertiger öffentlicher Kinderbetreuung für alle sichergestellt werden.

IndustriALL Global Union wird:

- | |
|---|
| <ul style="list-style-type: none">· sich für branchenweite Tarifverhandlungen einsetzen, um Ungleichheiten zu reduzieren, Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern und um zu verhindern, dass schlechtere Standards dazu genutzt werden, Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. |
| <ul style="list-style-type: none">· multinationale Konzerne für die zur Herstellung ihrer Produkte gezahlten Löhne zur Verantwortung ziehen. |
| <ul style="list-style-type: none">· für verbindliche und durchsetzbare Branchentarifverträge kämpfen, die allen Beschäftigten, auch jenen in prekären Arbeitsverhältnissen, einen gerechten Anteil des von ihnen selbst geschaffenen Wohlstands garantieren. |

· die Entwicklung und Umsetzung der nationalen Aktionspläne für existenzsichernde Löhne unterstützen.
· sich dafür einsetzen, dass Beschäftigte und Gewerkschaften an Lohnbildungsmechanismen und -strukturen beteiligt werden.
· sich für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit einsetzen, einschließlich tarifpolitischer Forderungen zur Schließung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles.
· die ACT-Initiative umsetzen, um in der Bekleidungsindustrie durch eine mit der Einkaufspraxis verknüpfte branchenweite Tarifpolitik existenzsichernde Löhne durchzusetzen.
· in den Fertigungsländern Kapazitäten der nationalen Bekleidungsarbeitergewerkschaften aufbauen, um die globalen Bekleidungsmarken und ihre Zulieferer an den nationalen branchenweiten Verhandlungstisch zu bringen.

- 1.3. Bislang wurde viel zu wenig erreicht, um die **Frauenrechte** am Arbeitsplatz zu fördern. In unseren Branchen gibt es nach wie vor viele Hindernisse, die Frauen den Zugang zu Gleichstellung und besseren Arbeitsplätzen verwehren. Die Spaltung des Arbeitsmarkts und hartnäckige Mythen über die Leistungsfähigkeit von Frauen werden angeführt, um Frauen auf die am schlechtesten bezahlten und prekärsten Arbeitsplätze zu beschränken. Sexuelle Belästigung und geschlechtsbezogene Gewalt herrschen in Branchen vor, die viele Frauen beschäftigen, und sind erhebliche Hürden für Frauen, die in Branchen arbeiten wollen, in denen derzeit hauptsächlich Männer tätig sind. Die Unternehmen versagen dabei, die notwendigen Änderungen vorzunehmen, um Frauen die gleichen Chancen wie den Männern einzuräumen. Um in unseren Branchen Zugang zu besseren Stellen zu bekommen, müssen sich Frauen in einer Weise behaupten, die von Männern niemals abverlangt wird. Geschlechtergleichstellung ist nichts, was die Frauen alleine erreichen müssen. Es handelt sich dabei um ein gewerkschaftliches Kernproblem, das nur dann gelöst wird, wenn Frauen und Männer zusammenarbeiten.

Um für die Gleichstellung der Geschlechter zu kämpfen, ist eine angemessene Vertretung von Frauen in Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen erforderlich. Die Einbeziehung von Frauen in die langfristigen Maßnahmen zur Bewältigung der Covid-19-Krise sowie die Erhebung von nach Geschlechtern aufgeschlüsselten Daten über die Auswirkungen der Krise sind eine absolute Notwendigkeit.

Die Ratifizierung des ILO-Übereinkommens 190 muss auf der politischen Agenda ganz oben stehen, um Gewalt gegen Frauen zu beseitigen, die im Lockdown zudem einer erhöhten Gefahr ausgesetzt sind.

IndustriALL Global Union wird:

· Maßnahmen ergreifen, um die Rechte der Arbeitnehmerinnen zu fördern und zu schützen.
· Unter der Schirmherrschaft des Frauenausschusses eine Arbeitsgruppe für Gleichstellung einrichten, die zu gleichen Teilen aus Männern und Frauen,

einschließlich jungen Menschen besteht und an der Erhöhung der Teilhabe in den Branchen arbeitet und dafür sorgt, dass Frauen durch die Stärkung der Demokratie Führungsrollen bekommen.
· die Sichtbarkeit der in unseren Branchen tätigen Frauen erhöhen und die Beschäftigung von Frauen, insbesondere von jungen Frauen, in Bereichen fördern, aus denen sie bislang traditionell ausgeschlossen wurden.
· in den Branchen und Netzwerken an Strategien arbeiten, um gegen die geschlechterbedingte Segmentierung in unseren Branchen vorzugehen und Gleichstellungshindernisse zu beseitigen.
· weiterhin Kampagnen gegen Gewalt an Frauen in unseren Arbeitsstätten und Gewerkschaften und in der gesamten Gesellschaft durchführen.
· sich für die Ratifizierung, Umsetzung und Achtung internationaler Arbeitsnormen zum Schutz und zur Förderung von Frauenrechten und Gleichstellung, einschließlich der ILO-Übereinkommen 111, 183 und 190, einsetzen.
· die Mitgliedsorganisationen bei ihren tarifpolitischen Bemühungen um Gleichstellung unterstützen, einschließlich des Schutzes vor Diskriminierung, sexueller Belästigung und aller Formen der Gewalt, auch durch verbindliche und durchsetzbare Verpflichtungen der Lieferketten.

- 1.4. Die kontinuierliche Zunahme **prekärer Beschäftigungsverhältnisse** bedroht alle unsere mühsam errungenen Rechte. Weltweit, in allen Regionen und Branchen, finden die Arbeitgeber Mittel und Wege zur Vermeidung des Beschäftigungsschutzes, etwa, indem sie die Beschäftigten in prekäre Verträge drängen. Die Arbeitsstandards erodieren, was die Gewerkschaften schwächt, da prekär Beschäftigte seltener einer Gewerkschaft beitreten und weniger in der Lage sind, Gewerkschaftsbeiträge zu entrichten. Outsourcing, Beschäftigungsagenturen und mehrere Ebenen der Auftragsuntervergabe dienen den Unternehmen dazu, sich ihrer Verantwortung für die Beschäftigten zu entziehen, die zu ihren Gewinnen beitragen. Vor allem junge Menschen stehen vor einer düsteren Zukunft, denn der Zugang zu sicherer Beschäftigung schrumpft, während ein Leben ohne sicheren Arbeitsplatz und ohne den Schutz einer Gewerkschaftsmitgliedschaft auf sie wartet. Keiner Arbeitnehmerin und keinem Arbeitnehmer sollten Rechte verwehrt werden, weil ihr Arbeitgeber ein Geschäftsmodell auswählt, das auf prekärer Beschäftigung beruht.

IndustriALL Global Union wird:

· Gewerkschaften dabei unterstützen, Kampagnen gegen prekäre Beschäftigung durchzuführen, prekär Beschäftigte gewerkschaftlich zu organisieren und ihre Rechte zu sichern.
· die unterschiedlichen Auswirkungen von prekärer Beschäftigung auf männliche und weibliche Beschäftigte identifizieren, auf diese aufmerksam machen und dafür sorgen, dass Maßnahmen durchgeführt werden, die beiden Geschlechtern gleichermaßen zugutekommen.
· Reformen gewerkschaftlicher Strukturen dort unterstützen, wo sie der Mitgliedschaft prekär Beschäftigter im Wege stehen.

· darauf aufmerksam machen, wie sich prekäre Beschäftigung auf die Arbeitnehmerschaft und die Gesellschaft als Ganzes auswirkt.
· Gesetze einfordern, die prekäre Beschäftigung eindämmen und die Rechte prekär Beschäftigter sichern, einschließlich des Rechts auf Beitritt zu einer Gewerkschaft und anderer Rechte und Leistungen, die denen der unbefristet Beschäftigten entsprechen.
· konkrete Schritte einleiten, um gegen die informelle Wirtschaft vorzugehen, die in diesem Sektor Beschäftigten in der Gewerkschaftsbewegung anerkennen und ihren Wechsel in die formelle Wirtschaft fördern.
· Tarifverhandlungen unterstützen, um prekäre in unbefristete Verträge umzuwandeln, die Bedingungen prekär Beschäftigter zu verbessern und ihre Rechte zu sichern.
· fordern, dass die Arbeitgeber in junge Menschen investieren, etwa durch langfristige Beschäftigungszusagen oder Aus- und Weiterbildung.
· die Kampagne STOP prekäre Beschäftigung in allen Formen fortführen.

- 1.5 Arbeit bringt unsere Mitglieder um. Es gibt in unseren Branchen nach wie vor **Todesfälle, Verletzungen und Erkrankungen**, doch die Arbeitgeber werden nicht zur Verantwortung gezogen. Jedes Jahr kommen weltweit Tausende von Bergleuten ums Leben, von denen erwartet wird, dass Sie das Risiko des Todes als Teil ihres Jobs akzeptieren. In den Abwrackwerften, wo die jährliche Zahl an Todesfällen und schweren Verletzungen höher ist als gemeldet, sind Kranbewegungen, herabfallende Stahlplatten und Gasexplosionen ständige Gefahren. Weitaus mehr Beschäftigte sterben an berufsbedingten Krankheiten als an tödlichen Unfällen, die durch die Fahrlässigkeit der Arbeitgeber hervorgerufen werden. Beschäftigte in der Elektronikindustrie sind vielen schädlichen Chemikalien ausgesetzt, was zu erhöhten Krebsraten, Bluterkrankungen, Fehlgeburten und angeborenen Fehlbildungen führt. In allen Branchen sind die Beschäftigten nach wie vor täglichen Gefahren wie Stress, wiederkehrenden Belastungen, Arbeitsüberlastung und Giftstoffen ausgesetzt. Die Regierungen gewähren Unternehmen, die ihre Beschäftigten töten oder verstümmeln, Straffreiheit und drücken ein Auge zu, wenn Beschäftigte ermordet oder angegriffen werden, weil sie gewerkschaftlich aktiv sind. Es ist für die Arbeitgeber immer noch billiger und einfacher, ihre Beschäftigten umzubringen oder zu verletzen als für Sicherheit am Arbeitsplatz zu sorgen.

IndustriALL Global Union sollte den Arbeits- und Gesundheitsschutz weiterhin als Arbeitnehmerrecht und als Verantwortung der Arbeitgeber betrachten. Beschäftigte haben das Recht auf Beteiligung, Wissen über und Beendigung von unsicherer Arbeit. Sichere Arbeitsbedingungen sind auch für die Beschäftigten in den Lieferketten wichtig, und multinationale Konzerne müssen die Verantwortung für ihre Lieferketten übernehmen.

IndustriALL Global Union wird:

· für die Achtung der Vereinigungsfreiheit als Hauptelement des Arbeits- und Gesundheitsschutzes eintreten.

<ul style="list-style-type: none"> · die Anerkennung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes als grundlegendes Recht als ILO-Standard fordern, ebenso wie die Anerkennung von Covid-19 als Berufskrankheit; eine Kampagne zur Verabschiedung eines neuen ILO-Übereinkommens zum Schutz vor biologischen Gefahren und Risiken starten;
<ul style="list-style-type: none"> · weiterhin für die Ratifizierung des Übereinkommens 176 über die Sicherheit und Gesundheit in Bergwerken eintreten.
<ul style="list-style-type: none"> · von Regierungen und Arbeitgebern Maßnahmen zur Beseitigung bestimmter Gefahren wie Asbest und Silicatverbindungen einfordern.
<ul style="list-style-type: none"> · fordern, dass alle Beschäftigten das Recht haben, über die Gefahren ihrer Arbeit unterrichtet zu werden und diese zu verstehen, dass sie unsichere Arbeit ablehnen können und voll und ganz an Beschlüssen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz beteiligt werden.
<ul style="list-style-type: none"> · einen gleichstellungsorientierten Ansatz zum Arbeits- und Gesundheitsschutz entwickeln, und fordern, dass die Arbeitgeber das Thema geschlechtsbezogene Gewalt gemäß dem neuen Übereinkommen C190 beim Arbeits- und Gesundheitsschutz berücksichtigen.
<ul style="list-style-type: none"> · die Regierungen dazu aufrufen, strikte und durchsetzbare Rechtsrahmen und Inspektionsmechanismen zu schaffen, die Beschäftigte vor Unfällen und Krankheiten schützen, ihr Wohlbefinden fördern und durch die Zuwiderhandlungen so bestraft werden können, dass sie zur Abschreckung dienen.
<ul style="list-style-type: none"> · fordern, dass Arbeitgeber juristisch für die von ihnen verursachten Todesfälle, Verletzungen und Erkrankungen haftbar gemacht werden können.
<ul style="list-style-type: none"> · Recherchen, Zugang zu Informationen über Arbeits- und Gesundheitsschutz, Schulungen und die Beteiligung von Beschäftigten an Interventionsmechanismen zu Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes unterstützen.
<ul style="list-style-type: none"> · mit anderen Unterzeichnern des Abkommens über Brandschutz und Gebäudesicherheit in Bangladesch über ein neues rechtsverbindliches Abkommen verhandeln, das das aktuelle Abkommen von 2018 ersetzt und den Geltungsbereich auf andere Länder ausweitet. Dies wird es den Beschäftigten ermöglichen, die Marken für die Sicherheit ihrer Fabriken in allen Produktionsländern zur Verantwortung zu ziehen und die notwendige Unterstützung für die Arbeit des RSC in Bangladesch sicherzustellen.

2. Gewerkschaftliche Macht aufbauen

- 2.1 Das Kapital ist global, also müssen sich auch die Gewerkschaften **global organisieren und global agieren**. Gewerkschaften sind die größten demokratischen Organisationen in der Welt. Wir sind nur so stark, wie wir geeint sind. Wir werden den Sieg für unsere Mitglieder nicht alleine mit nationalen Strategien davontragen, und wir können uns nicht auf den Schutz der nationalen Regierungen verlassen. Wir können die Macht der multinationalen Konzerne übernehmen, wenn wir ihre Beschäftigten in der ganzen Welt gewerkschaftlich organisieren, auch diejenigen in den Lieferketten. Überall haben die Gewerkschaften Interesse daran, Beschäftigte in den weitesten Abzweigungen der Lieferkette zu organisieren. So lange das Kapital Orte finden kann, an denen die Löhne noch niedriger sind und Rechte unterdrückt werden, wird die Produktion dorthin verlagert. Alle Werktätigen überall auf der Welt haben das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten und bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu fordern. Wir brauchen eine ausgeprägte Siegerkultur und ein Programm, um überall in der Welt Mitglieder zu gewinnen.

IndustriALL Global Union wird:

<ul style="list-style-type: none">· die globale gewerkschaftliche Macht stärken, indem sie die Mitgliedsorganisationen dabei unterstützt, alle Beschäftigten entlang der globalen Lieferketten gewerkschaftlich zu organisieren, auch jene in „atypischen Formen der Beschäftigung“ (i.d.R. prekär Beschäftigte).
<ul style="list-style-type: none">· Recherchen unterstützen, um die Standorte der globalen Lieferketten zu identifizieren und zu organisieren.
<ul style="list-style-type: none">· in den Industriesektoren an globalen Kampagnen zum Aufbau der gewerkschaftlichen Macht in den Branchen und Unternehmen arbeiten. IndustriALL wird dem Aufbau von Kapazitäten Vorrang einräumen, mit denen sie die Mitgliedsorganisationen bei strategischen Organisations- und Verhandlungskampagnen in multinationalen Unternehmen unterstützen kann, und sich, wo immer möglich, mit anderen globalen Gewerkschaften absprechen.
<ul style="list-style-type: none">· Schulungen und Programme zum Aufbau von Kapazitäten fördern und neue und wirksame Formen der Mitgliedergewinnung entwickeln.
<ul style="list-style-type: none">· die Bildung von gewerkschaftlichen Unternehmensnetzwerken in allen Branchen unterstützen und dabei Mittel bereitstellen, um Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter entlang der Lieferketten global führender Unternehmen zur Entwicklung und Umsetzung von Strategien zum Gewerkschaftsaufbau zusammenzubringen.

- 2.2 Wir brauchen für die Gewerkschaftsbewegung eine **Agenda des Wandels**. Unsere derzeitigen Strukturen und Arbeitsmethoden müssen sich ändern, wenn wir eine sich ändernde Arbeitswelt gewerkschaftlich organisieren wollen. Durch die Expansion der Lieferketten wird Arbeit ausgelagert und prekärer, so dass die Gewerkschaften eine schrumpfende Kernarbeitnehmerschaft vertreten. Das Überleben der Gewerkschaftsbewegung hängt davon ab, ob wir unsere Strukturen und Schwerpunkte in einer sich wandelnden Arbeitswelt so verändern

können, dass sie den Bedürfnissen der Menschen in neuen Beschäftigungsformen gerecht werden.

IndustriALL Global Union wird:

· unsere eigenen Strukturen prüfen, um Wege zu finden, wie die nationalen Mitgliedsorganisationen wirksamer in die Entwicklung und Umsetzung kollektiver Strategien einbezogen werden können.
· neue Wege finden, damit Gewerkschaften für Beschäftigte wichtiger werden, die ihre Bedürfnisse nicht in den gewerkschaftlichen Forderungen und Strukturen widerspiegeln sehen, v.a. junge Menschen, LGBTQ+-Menschen und Angestellte.
· eine Agenda des Wandels für Gewerkschaften entwerfen, damit sie ausgestattet sind, um bestimmte Arbeitnehmergruppen, etwa prekär Beschäftigte, gewerkschaftlich zu organisieren.
· spezifische Maßnahmen verabschieden, um junge weibliche Beschäftigte zu unterstützen und zu integrieren, um eine Jugendpolitik zu fördern und für eine starke Vertretung junger Menschen in den Strukturen von IndustriALL zu sorgen.
· die Macht der sozialen Medien und anderer Kommunikationsinstrumente nutzen, um die Botschaft der Gewerkschaften zu verbreiten und neue Formen der gewerkschaftlichen Organisation zu entwickeln.
· Bündnisse in Gemeinschaften schmieden, ganz allgemein mehr Beschäftigte in die Gewerkschaftsbewegung bringen und unsere kollektive Macht durch gemeinsame Aktionen auf globaler und nationaler Ebene stärken.

- 2.3 Der Aufbau starker Gewerkschaften hängt von unserer Fähigkeit ab, Beschäftigte zu **organisieren und zu einen**. Erfolgreiche Gewerkschaften sind stark, geeint, demokratisch, unabhängig, repräsentativ und autark. Sie organisieren sich auf Branchenebene und sind in der Lage, sich für ihre Mitglieder einzusetzen. Die globale Gewerkschaftsbewegung leitet ihre Macht aus der Stärke der nationalen Gewerkschaften ab. Kleine und zersplitterte Gewerkschaften schwächen die gesamte Bewegung. Wir müssen unsere Spaltungen überwinden und uns einen, damit wir für die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Beschäftigten eintreten können. Eine strukturierte und strategische Kooperation und Zusammenarbeit beim Einsatz von Instrumenten wie etwa globalen Rahmenvereinbarungen ist von entscheidender Bedeutung.

IndustriALL Global Union wird:

· Gewerkschaften beim Aufbau zukunftsfähiger, demokratischer Strukturen unterstützen, finanziert durch die von ihren Mitgliedern eingezogenen Beiträge.
· die Einheit der Mitgliedsorganisationen fördern und die Fragmentierung überwinden – auf Branchenebene oder bei der Vertretung von Beschäftigten in unbefristeten wie auch in prekären Arbeitsverhältnissen – durch die Unterstützung von Fusionen, Bündnissen und die Einrichtung nationaler Gewerkschaftsräte.

· Kontakt zu Gewerkschaften aufnehmen, die IndustriALL noch nicht beigetreten sind, um im Hinblick auf mögliche Mitgliedschaften zusammenzuarbeiten.
· die im Rahmen der gewerkschaftlichen Kooperationsprojekte erhaltenen Finanzmittel mobilisieren, um die Gewerkschaften unter Einbeziehung in die Planung und Umsetzung der Kooperationsprojekte zusätzlich zu unterstützen.

- 2.4. Die gewerkschaftlichen Strukturen werden nach wie vor von Männern dominiert. **Frauen** sind als Mitglieder und Führungskräfte **immer noch unterrepräsentiert**. Die heutige Gewerkschaftsbewegung kann auf Frauen abschreckend wirken, wenn sich ihre Belange nicht in den gewerkschaftlichen Prioritäten widerspiegeln und sie sich durch die Führungspersonen nicht vertreten sehen. Die Mitgliedergewinnung in unseren Branchen konzentriert sich größtenteils auf Arbeiter in der Produktion, die immer noch hauptsächlich Männer sind. Um das Überleben der Gewerkschaftsbewegung in einer sich wandelnden Arbeitswelt zu sichern, müssen wir Mittel und Wege finden, um Beschäftigte in den immer größer werdenden Bereichen außerhalb der Fertigung zu gewinnen, in denen eher Frauen arbeiten. Das erfordert grundlegende Veränderungen der Kulturen und Arbeitsweisen. Anstatt von Frauen zu erwarten, in bestehende Strukturen hineinzupassen, müssen wir unseren Blick auf die Führung unserer Gewerkschaften ändern, so dass Frauen ihre Plätze neben den Männern einnehmen können.

IndustriALL wird:

· Bemühungen unterstützen, um weibliche Mitglieder zu gewinnen und zu halten, damit ihr Anteil an den Beschäftigten besser reflektiert wird.
· die Kenntnisse der Gewerkschaften darüber verbessern, wo Frauen in unseren Branchen arbeiten und welche Themen für sie wichtig sind.
· Daten über die Mitgliedschaft von Frauen und deren Präsenz in Führungspositionen erheben.
· die Hindernisse in den gewerkschaftlichen Kulturen, Strukturen und Beschlussfassungsverfahren erfassen und beseitigen, die eine gleichgestellte Integration von Frauen in unsere Gewerkschaften verhindern und sie somit schwächen.
· konkrete Maßnahmen unterstützen, um die Beteiligung und Vertretung von Frauen in den Gewerkschaften zu erhöhen, etwa in den Bereichen Organisierung, Schulung, Tarifpolitik, und das zur Durchführung dieser Ziele notwendige Budget zur Verfügung stellen.
· weibliche Führungskräfte in den Gewerkschaften fördern, etwa durch entsprechende Bestimmungen in den Satzungen oder durch die Entwicklung stärker inkludierender Führungsstrukturen und Wahlverfahren.
· in unserer Kommunikation die Sichtbarkeit von Frauen erhöhen.
· regionale Frauenstrukturen einrichten.

- 2.5 Die Macht der multinationalen Konzerne über die Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder nimmt in dem Maße zu, in dem der in den nationalen Arbeitsgesetzen verankerte Schutz abnimmt. Wir müssen die gewerkschaftliche Macht stärken, um mit den Multis durch **globale industrielle Beziehungen** verbindliche

Vereinbarungen auszuhandeln. Kollektivverhandlungen sind ein wichtiges Instrument zur Regulierung der Arbeitsbeziehungen auf nationaler und unternehmerischer Ebene. Diese Vereinbarungen funktionieren, weil sie durchsetzbar sind. Wir müssen durchsetzbare Vereinbarungen auf die globale Ebene bringen. Das Bangladesch-Abkommen ist der Beweis, dass rechtsverbindliche Mechanismen die MNK zur Verantwortung ziehen können. Zwar unterzeichnen die MNK mit den globalen Gewerkschaften eine zunehmende Zahl an Vereinbarungen, dennoch gibt es bislang keinen Mechanismus, um Streitigkeiten durch Schlichtungs- und Schiedsverfahren auf globaler Ebene zu lösen.

IndustriALL Global Union wird:

- | |
|--|
| · weiterhin eine führende Rolle bei der Entwicklung globaler industrieller Beziehungen spielen, und zwar durch Aushandlung, Unterzeichnung und Umsetzung verbindlicher globaler Vereinbarungen, die Beschäftigte in den Lieferketten einbeziehen. |
| · mit anderen globalen Gewerkschaften zusammenarbeiten, um einen zugänglichen, effizienten und effektiven internationalen Schlichtungs- und Schiedsmechanismus zu entwickeln, der verbindliche globale Vereinbarungen durchsetzen und Streitigkeiten zwischen globalen Gewerkschaften und MNK beilegen kann. |
| · mit MNK Konzernen verhandeln, um diesen Mechanismus in unsere globalen Vereinbarungen aufzunehmen. |
| · international mobilisieren, um strengere und wirksamere globale Vereinbarungen durchzusetzen. |
| · weiter an der Stärkung von Konfliktlösungsmechanismen arbeiten, etwa durch die Überprüfung des neuen Instruments, dass die ILO zur Verfügung stellen wird, damit bei Konflikten professionelle Vermittler für die Durchführung des Mediationsprozesses ernannt werden können. |

3. Dem globalen Kapital entgegentreten

- 3.1 Verbindliche globale Regeln sind dringend notwendig, um der **globalen Macht der Konzerne entgegentreten**, denn diese geht über alles hinaus, was wir bislang erlebt haben. Oft erpressen multinationale Konzerne die Regierungen und setzen unzumutbare Bedingungen durch, die ihrer globalen Strategie ins Konzept passen. Hierzu gehört, die Arbeitsstandards sehr niedrig und die Gewerkschaften außen vor zu halten und eine Abwärtsspirale zu erzeugen. Die Grenzen der Macht und des Willens der nationalen Regierungen, die Konzerne für ihre schädlichen Auswirkungen zur Verantwortung zu ziehen, sind für alle deutlich erkennbar. Während die globalen Konzerne den Gesellschaftsvertrag zerreißen, werden die Rufe nach mehr Kontrolle und Regulierung der MNK stärker. Die Selbstkontrolle, unterstützt durch unternehmensinterne Prüfungen der Menschenrechtsbilanz, hat jegliche Glaubwürdigkeit verloren, und die vielfältigen freiwilligen Verfahren zur Berichterstattung können nicht davon überzeugen, dass die Arbeitnehmerrechte wirklich respektiert werden. Es gibt große Unterstützung für die UN-Leitsätze für Wirtschaft und Menschenrechte, denn sie bündeln die Erwartungen der Gesellschaft an die MNK. Allerdings fehlen ihnen jegliche verbindlichen Verpflichtungen für Unternehmen.

Um nicht nachhaltige globale Lieferketten zu regulieren, muss das globale Handels- und Produktionsmodell verändert werden, denn die Covid-19-Krise hat die enormen Risiken für die Arbeitnehmerrechte in nicht regulierten globalen Lieferketten aufgezeigt. Multinationale Unternehmen müssen ihre Zulieferer unterstützen, indem sie ihnen erlauben, zum Erhalt von Arbeitsplätzen auch Zyklen zu managen.

IndustriALL Global Union wird:

- | |
|--|
| <ul style="list-style-type: none">· weiterhin für rechtsverbindliche Instrumente kämpfen, um Beschäftigte vor Menschenrechtsverletzungen durch MNK zu schützen; hierzu gehört auch die Unterstützung eines verbindlichen UN-Abkommens über Wirtschaft und Menschenrechte, das von wirksamen Schlichtungsverfahren flankiert wird. |
| <ul style="list-style-type: none">· sich dafür einsetzen, dass die Sorgfaltspflicht für Menschen- und Arbeitnehmerrechte auf internationaler und nationaler Ebene durch verbindliche Gesetze geregelt wird; |
| <ul style="list-style-type: none">· auf nationaler Ebene für Gesetze kämpfen, die den MNK verbindliche Verpflichtungen auferlegen, damit sie die Verantwortung für die Arbeitnehmerrechte in ihren Lieferketten übernehmen. |
| <ul style="list-style-type: none">· für ein ILO-Übereinkommen über Lieferketten kämpfen, das globale Rahmenvereinbarungen, Kernarbeitsnormen und grenzübergreifende Tarifverhandlungen einschließt, und fordern, dass die ILO-Standards für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zu den Kernarbeitsnormen hinzugefügt werden. |
| <ul style="list-style-type: none">· fordern, dass die ILO-Standards in öffentliche Beschaffungsverfahren für große Infrastrukturprojekte unter den allgemeinen Bedingungen der Internationalen Finanzinstitutionen einbezogen werden. |

3.2 Wir müssen gegen die Macht der Konzerne zu Felde ziehen, denn sie ist außer Kontrolle geraten. Das Modell der Profitgier beruht auf Gewerkschaftsfeindlichkeit, der Verweigerung des Rechts auf Bildung einer Gewerkschaft und auf Hungerlöhnen in den Lieferketten. Die Beschäftigten zahlen mit ihrem Leben und ihrer Existenzgrundlage für ein Geschäftsmodell, dass die Konzerngewinne über ihre Sicherheit und ihre Chancen auf ein menschenwürdiges Leben stellt. Die Habgier der Konzerne zeigt sich dadurch, dass immer mehr Beschäftigte flexibel und befristet eingestellt werden, anstatt eine direkte unbefristete Anstellung zu bekommen. Sie zeigt sich aber auch dadurch, dass sogenannte Cloud- und Plattform-Beschäftigte oder Arbeitnehmer ohne Arbeitsvertrag eingesetzt werden – nicht freiwillig, sondern unter Zwang. Wir ergreifen Maßnahmen, um die **MNK** für die Lohn- und Arbeitsbedingungen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer **zur Verantwortung zu ziehen**, die ihre Gewinne erwirtschaften.

IndustriALL Global Union wird:

<ul style="list-style-type: none"> · nationale Gewerkschaften stärken, damit sie den Weltkonzernen entgegentreten können, und grenzüberschreitende Organisierungskampagnen zur Mobilisierung von Beschäftigten in MNK unterstützen.
<ul style="list-style-type: none"> · den Austausch von tarifpolitischen Informationen sowie koordinierte Verhandlungsstrategien anregen.
<ul style="list-style-type: none"> · das Recht der Gewerkschaften auf Streik oder auf andere Formen von direkten internationalen Solidaritätsmaßnahmen verteidigen, v.a. innerhalb ein und desselben MNK.
<ul style="list-style-type: none"> · Konzernkampagnen und strategische Recherchen durchführen, um unsere globalen Maßnahmen auf der Grundlage umfassender nationaler Aktionen aufzubauen.
<ul style="list-style-type: none"> · Strategien entwickeln, um Arbeitnehmerrechte und Arbeitsbedingungen in den globalen Lieferketten zu verbessern; dabei branchenübergreifend kooperieren und an der Verbesserung der Einkaufspraktiken von MNK arbeiten.
<ul style="list-style-type: none"> · die besondere Rolle anerkennen, die Frauen am unteren Ende der Lieferkette spielen und spezifische Maßnahmen vorschlagen, um deren Bedürfnissen gerecht zu werden.
<ul style="list-style-type: none"> · Strategien zu Mobilisierung des Arbeitnehmerkapitals entwickeln, um Geschäftsleitungen und Investoren zu beeinflussen, internationale Arbeitsnormen durchzusetzen und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.
<ul style="list-style-type: none"> · Bündnisse mit sozialverantwortlichen Investoren schließen, um Investitionen in Unternehmen zu stoppen, die Arbeitnehmerrechte verletzen.

3.3 Der Aufbau eines globalen Systems der industriellen Beziehungen ist ein Schlüsselement im Kampf gegen das globale Kapital. Sozialer Dialog und

Tarifpolitik sind wichtige Instrumente zur Förderung von sozialer Gerechtigkeit und zur Erreichung integrativer sozialer und wirtschaftlicher Fortschritte. Wir müssen die **MNK und ihre Lieferketten international gewerkschaftlich organisieren** und einen direkten Dialog und Tarifverhandlungen auf globaler Ebene fordern. IndustriALL vereint Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für Solidarität und gemeinsame Aktionen und fordert von den Arbeitgebern die Anerkennung der globalen Gewerkschaftsausschüsse und Netzwerke, die sie aufbaut. Mit dem Bangladesch-Abkommen hat IndustriALL in Partnerschaft mit UNI Global Union, den Textilarbeitergewerkschaften in Bangladesch und zivilgesellschaftlichen Organisationen das erste **rechtsverbindliche Abkommen für globale Lieferketten** erlangt. Da es immer noch keine verbindliche Regulierung der Lieferketten gibt, brauchen wir mehr durchsetzbare Vereinbarungen, mit denen multinationale Konzerne zur Verantwortung gezogen werden können.

IndustriALL Global Union wird:

· sich für einen aktiven Dialog mit MNK einsetzen, um enge industrielle Beziehungen aufzubauen, die es ermöglichen, gewerkschaftliche Belange auf allen Konzernebenen und in den Lieferketten anzusprechen
· starke und verbindliche globale Vereinbarungen mit MNK aushandeln und unterzeichnen, die weltweit allen Beschäftigten in den Lieferketten gewerkschaftliche Organisierung, Arbeitsplatzsicherheit und Kollektivverhandlungen ermöglichen
· sicherstellen, dass globale Rahmenvereinbarungen (GRV) aktiv zur Förderung der Gleichstellung eingesetzt werden.
· Rahmenbedingungen für globale industrielle Beziehungen mit Unternehmen entwickeln, die verbindliche und durchsetzbare GRV als wesentlichen Teil ihrer Sorgfaltspflicht gegenüber den Lieferketten anerkennen und auf allen Ebenen über Beschwerde- und Schlichtungsmechanismen verfügen.
· gewerkschaftliche Netzwerke und Weltbetriebsräte einrichten, mit Ressourcen unterstützen und pflegen, um unter den Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertretern der jeweiligen MNK weltweit gewerkschaftliche Macht aufzubauen.
· die Frauenrechte durch Kampagnenarbeit und den Dialog mit MNK weltweit schützen und fördern.
· Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter entlang transnationaler Lieferketten miteinander in Kontakt bringen.
· einen internationalen Schlichtungs- und Schiedsmechanismus entwickeln, der zur Durchsetzung verbindlicher Vereinbarungen zwischen den globalen Gewerkschaften und den MNK eingesetzt werden kann.
· verbindliche Streitbeilegungsklauseln in Globale Rahmenvereinbarungen hineinverhandeln,
· die industriellen Lieferketten umgestalten, indem die einflussreichsten Konzerne ausgesucht und Vereinbarungen mit ihnen angestrebt werden, die für die globale Industrie Standards setzen, mit dem Ziel, in den Lieferketten

globale industrielle Beziehungen aufzubauen; Grundlage hierfür sind das Bangladesch-Accord sowie das ACT-Abkommen über existenzsichernde Löhne.

4. Nachhaltige Industriepolitik

4.1 IndustriALL vertritt Beschäftigte in der gesamten Lieferkette der Fertigungsindustrie, von der Rohstoffgewinnung bis zur Herstellung von Produkten für Endverbraucher, und spielt daher eine maßgebliche Rolle beim Ruf nach einer nachhaltigen Industriepolitik. IndustriALL erkennt an, dass die Industrie die Hauptantriebskraft für Beschäftigung und volkswirtschaftliche Entwicklung sowie die Grundlage eines guten Lebensstandards ist. Industrielle Entwicklung und Sicherung von Industriearbeitsplätzen sind als Antreiber des sozialen Fortschritts ein wichtiger Teil dieses globalen Kampfes. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen ein Mitspracherecht haben, wenn es um politische Entscheidungen über die Zukunft ihrer Branchen geht. Regierungen müssen in der Lage sein, **industriepolitische Instrumente** umzusetzen. Es ist unerlässlich, dass Regierungen über einen angemessenen politischen Spielraum verfügen, um Investitionen für Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung zu steuern. Demokratisch gewählte Regierungen müssen frei sein, um eine Politik im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger zu konzipieren, zu verabschieden und umzusetzen, ohne dabei Gefahr zu laufen, von multinationalen Konzernen über rechenchaftsfreie internationale Schiedsmechanismen wie das ISDS verklagt zu werden.

Um eine nachhaltige Industriepolitik zu verteidigen und Arbeitsplätze in der Fertigungsindustrie zu sichern, muss diese auch weiterhin der Motor der Volkswirtschaften sein. Globale Ressourcen müssen für die Realwirtschaft bereitgestellt werden. Investitionen in die Fertigung müssen gefördert und erleichtert werden. Konjunkturprogramme, die von zwischenstaatlichen Stellen und Regierungen bereitgestellt werden, müssen unter der Bedingung der Beschäftigungssicherung bei voller Steuertransparenz aufgelegt werden.

IndustriALL Global Union wird:

- | |
|---|
| · sich für eine Wirtschaftspolitik einsetzen, die integratives Wachstum, Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit beinhaltet und sowohl Regierungen als auch Unternehmen zur Verantwortung zieht. |
| · zu einer wirksamen Industriepolitik aufrufen, die soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit fördert. |
| · Gewerkschaften dazu ermuntern, auf nationaler Ebene zu arbeiten und sich bei Regierungen und Arbeitgeberorganisationen zu engagieren, um eine Industriepolitik zu entwickeln, die Maßnahmen zur Sicherung und Schaffung gut bezahlter und sicherer Arbeitsplätze einschließt und für nachhaltige Beschäftigung sorgt. |
| · fordern, dass eine nachhaltige Industriepolitik und industriepolitische Pläne im Rahmen eines sozialen Dialoges mit den Gewerkschaften als vollwertige Partner entwickelt werden. |

· die politische Kohärenz von lokalen, regionalen und nationalen Plänen einfordern, etwa, wenn Städte miteinander wetteifern, um „grüne“ Industrien anzusiedeln.
· in den Branchen auf Nachhaltigkeit hinarbeiten und Synergien zwischen den Branchen erkunden.
· die Nachhaltigkeitsziele und -programme von IndustriALL in den Regionen und Ländern verbreiten, damit die Mitgliedsorganisationen darauf aufmerksam und zur Durchführung von Maßnahmen ermutigt werden.

- 4.2. **Handel** ist kein Selbstzweck, sondern muss den Beschäftigten und der Gesellschaft als Ganzes dienen. Sinnvoll umgesetzt ist Handelspolitik eine der Hauptantriebskräfte für wohlhabende und integrative Gesellschaften mit einer angemessenen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung. Aber die ausdrückliche Ablehnung, in Handelsabkommen die Bedingungen zu berücksichtigen, unter denen Waren und Dienstleistungen hergestellt werden, fördert wirksam einen Unterbietungswettlauf der Weltwirtschaft. IndustriALL hat zehn Leitprinzipien für das gewerkschaftliche Eingreifen in handelspolitische Foren und Prozesse definiert. Handelsabkommen müssen in ihren zentralen Kernpunkten durchsetzbare Arbeitnehmerrechte einschließen. Diese Rechte müssen sich ausdrücklich auf die ILO-Übereinkommen und Empfehlungen berufen und diese einbeziehen, insbesondere die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Kollektivverhandlungen, das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, von Diskriminierung und unsicheren und ungesunden Arbeitsbedingungen. Alle diese Standards müssen durch schnelle, effiziente und rechtsverbindliche Streitbeilegungsverfahren umfassend umgesetzt und wirksam durchgesetzt werden. Die Achtung dieser Rechte muss die Voraussetzung für alle Unterzeichner sein, bevor sie die Vorteile einer Vereinbarung nutzen können. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für eine gerechte Globalisierung zum Nutzen aller.

IndustriALL Global Union wird:

· sich für gerechte Handelsabkommen einsetzen, die einen umfassenden und durchsetzbaren Schutz der Arbeitnehmerrechte einschließen und garantieren.
· sich in handelspolitische Foren einbringen, damit die Arbeitnehmerrechte in Handelsabkommen geschützt werden.
· auf nationaler, regionaler und globaler Ebene koordinierte Maßnahmen ergreifen und Interventionsstrategien entwickeln, um den IndustriALL-Leitprinzipien Wirksamkeit zu verleihen.

- 4.3 **Energie** ist ein Grundbedürfnis und ein öffentliches Gut. Die Behörden müssen die Energieerzeugung und -nutzung steuern und die staatliche Politik im Interesse der Öffentlichkeit gestalten, sei es in Bezug auf Gewinnung, Erzeugung, Übertragung oder Verteilung von Energie. Dies gilt insbesondere angesichts des durch Umwelterfordernisse und umwälzende, neue Technologien hervorgerufenen Wandels. Die Klimakrise ist eine ernsthafte Bedrohung für das

Wohlbefinden aller Menschen, und ihre Hauptursache ist die menschliche Aktivität. IndustriALL vertritt Beschäftigte in allen Bereichen der Energiegewinnung, -übertragung und -verteilung, ebenso wie Industriearbeitskräfte in energieintensiven Fertigungszweigen, und ist daher in einer einzigartigen Position, um die Energiepolitik positiv zu beeinflussen. Die Energiepolitik sollte dem allgemeinen Interesse dienen, etwa durch einen Rechts- und Verwaltungsrahmen zugunsten des sozialen Zusammenhalts, der Gleichbehandlung, des Umweltschutzes und eines besseren Zugangs zu erschwinglichen Kosten, vor allem hinsichtlich der wachsenden Zahl an von Energiearmut betroffenen Haushalten.

IndustriALL Global Union wird:

- | |
|--|
| <ul style="list-style-type: none">· eine fortschrittliche Energiepolitik entwickeln, die die Arbeitnehmerinteressen voll und ganz berücksichtigt, denn sie stehen im Zuge des Klimawandels vor einem rapiden Umbau der nationalen Energiepolitik und der Energiestrukturen und müssen sich an neue Technologien anpassen, die von den Beschäftigten im Energiesektor ganz neue Kenntnisse und Fähigkeiten abverlangen. |
| <ul style="list-style-type: none">· die Entwicklung eines ausgewogenen Energiemixes durch demokratische Debatten in den betroffenen Ländern unterstützen und akzeptieren, dass dieser Energiemix von Land zu Land stark variieren wird. |
| <ul style="list-style-type: none">· die Mitgliedsorganisationen voll und ganz im Kampf gegen die weitere Liberalisierung und Deregulierung der Energiemärkte unterstützen. |

- 4.4. Das Ziel eines **gerechten Übergangs** besteht darin, den Lebensunterhalt und die Rechte aller Beschäftigten zu sichern, vor allen jenen, die in Branchen arbeiten, die von den Bemühungen zur Begrenzung der Treibhausgase oder von der Einführung neuer Technologien betroffen sein könnten. Ein gerechter Übergang weist in eine Zukunft, auf die sich die Beschäftigten, ihre Familien und die Gemeinden und Kulturen, deren Teil sie sind, freuen; eine Zukunft, die sie unterstützen und an deren Aufbau sie sich beteiligen können. Sowohl Regierungen als auch Kapitaleigner im privaten Sektor müssen dafür aufkommen, damit ein gerechter Übergang eine Brücke in eine nachhaltige Zukunft schlägt.

Ganz gleich, ob wir Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen, ob wir den technologischen Wandel begrüßen oder ignorieren – alle diese Veränderungen sind im Gange. Wir haben die historische Verantwortung, in diesen Wandel einzugreifen, um ihn im Sinne der Beschäftigten und der Gemeinden, in denen wir leben, zu beeinflussen. Der Wandel findet statt, und wir können uns lediglich aussuchen, ob es ein gewaltsames Gerangel um Arbeitsplätze und Ressourcen wie Wasser, Energie und fruchtbaren Boden und verzweifelte Torschlussaktionen zum Überleben gibt, bei denen Menschenrechte und sozialer Schutz vollkommen außer Acht gelassen werden, oder ob wir rational und gerecht in unserem Sinne eingreifen und fordern, dass die heutigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer respektiert und geschützt werden.

Der Klimawandel ist eine ernsthafte Bedrohung für das Wohlergehen aller Menschen, und dessen Hauptursache ist das menschliche Handeln. Die Belege hierfür sind unanfechtbar. Was fehlt, ist der politische Wille, um Maßnahmen zu ergreifen und einen Plan für einen gerechten Übergang zu verfolgen, damit der soziale Zusammenhalt während der notwendigen Transformationen erhalten bleibt.

IndustriALL wird weder einen Übergang in eine pessimistische Zukunft noch einen ungerechten Übergang unterstützen.

Ein gerechter Übergang sollte den Weg in eine nachhaltige Zukunft unter Berücksichtigung aller Aspekte der sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen weisen. Damit der Übergang wirklich gerecht ist, muss er auf eine optimistische Zukunft abzielen – eine Zukunft, die die Beschäftigten, ihre Familien und die Gemeinden, die von ihnen abhängen, unterstützen und mit herbeiführen können. Die Grundsätze einer nachhaltigen Industriepolitik und eines gerechten Übergangs sollten tarifpolitisch flankiert werden, insbesondere in Vereinbarungen mit den großen MNK. Langfristig ist verantwortungsvolles Handeln ein gutes Geschäft. Nachhaltige Industriepolitik und ein gerechter Übergang betreffen allerdings hauptsächlich die staatliche Politik im öffentlichen Interesse. IndustriALL lehnt eine rein privatwirtschaftliche Vision eines gerechten Übergangs ab.

Für einen gerechten Übergang in eine Zukunft, in der die Umwelt geschützt wird und die Wirtschaft floriert, brauchen die Beschäftigten eine Industriepolitik mit umfassendem Sozialschutz und Unterstützung – gesteuert durch einen sozialen Dialog. Nur starke Gewerkschaften können die Arbeitnehmerinteressen während des bevorstehenden industriellen Wandels verteidigen.

Es muss eine Politik des gerechten Wandels umgesetzt werden, um negative Auswirkungen des Klimawandels, der Digitalisierung und anderer Treiber des Wandels zu vermeiden. Ein „grüner Aufschwung“ ist eine Chance, die im Zentrum einer nachhaltigen Industriepolitik stehen muss.

IndustriALL Global Union wird:

- | |
|---|
| · für einen gerechten Übergang kämpfen, der Klimawandel, Energiewende, Digitalisierung und andere Veränderungen der Wirtschaft, Branchen und Arbeitsbedingungen bewältigen kann. |
| · staatliche Regelungen für einen gerechten Übergang einfordern, genauso wie einen Platz für die Gewerkschaften am Diskussionstisch auf unternehmerischer, lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene, um durch einen sozialen Dialog grundlegende Strukturen und Regeln festzulegen. |
| · die Gründung einer ständigen Einrichtung verlangen (nationale Beobachtungsstelle, ständiger runder Tisch o.ä.), um einen gerechten Übergang für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu gewährleisten. |
| · fordern, dass die grundlegenden Arbeitnehmerrechte als Kernprinzipien jeder Debatte anerkannt werden. |

· dafür sorgen, dass die Strategien, politischen Ansätze und Maßnahmen für eine nachhaltige Industriepolitik und einen gerechten Übergang genderorientiert sind.

- 4.5 Die rapide Digitalisierung und Automatisierung sowie die Veränderungen der Energie- und Fertigungstechnologien bergen massive Risiken für die Arbeitswelt, gerade für sichere und stabile Arbeitsplätze. IndustriALL möchte eine Zukunft der Arbeit, in der die positiven Entwicklungen genutzt werden, die **Industrie 4.0** der Gesellschaft bringen kann. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass nicht die Beschäftigten für die Bezahlung der sozialen Schulden der Unternehmen zur Kasse gebeten werden, während die Regierungen nicht dazu bereit sind, diesen Wandel sozialverträglich zu gestalten. Wir können nicht zulassen, dass die Gewinne privatisiert und die Kosten der Öffentlichkeit aufgebürdet werden. Wenn Digitalisierung und fortgeschrittene Technologien von den Arbeitgebern und Regierungen als vorteilhaft dargestellt werden, müssen wir nach dem Nutzen für die Arbeitnehmerschaft und die Gesellschaft fragen. Technologie muss den Beschäftigten nutzen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Industrie 4.0 eine neue Welle der Arbeitsintensivierung und mehr prekäre Beschäftigung mit sich bringt. In Anbetracht der Tatsache, dass die Coronavirus-Krise neue Arbeitsmodelle, etwa Telearbeit, mobile Arbeit und Arbeit von zu Hause gefördert hat, müssen die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer geschützt werden. Es muss dringend eine Regulierung durch internationale Standards, nationale Gesetzgebung und industrielle Beziehungen erfolgen, um sicherzustellen, dass diese Arten der Beschäftigung menschenwürdig gestaltet werden. IndustriALL Global Union muss für ihre Mitgliedsorganisationen Leitlinien entwickeln, die allgemeine Prinzipien wie die freie Wahl dieser Arbeit, Gleichbehandlung, Arbeitszeiten, das Recht auf Arbeitsunterbrechung, Bereitstellung von Arbeitsmitteln, Gesundheit und Sicherheit, Privatsphäre, Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen usw. als Grundlage für Maßnahmen enthalten.

IndustriALL Global Union wird:

- die volle Beteiligung der Beschäftigten an den Diskussionen über Industrie 4.0 und beim zukünftigen industriellen und technologischen Wandel auf globaler, regionaler, nationaler und unternehmerischer Ebene verlangen.
- sich weiterhin für kollektive Antworten auf neue Technologien einsetzen und die Macht des Kapitals sowie dessen Streben nach Ungleichheit eindämmen.
- die Mitgliedsorganisationen ermutigen, eine angemessene Arbeitsmarktpolitik zu fordern, die eine verbesserte nationale Ausbildungs-, Fortbildungs- und Qualifizierungspolitik einschließt; diese sollte die sich ändernden Anforderungen berücksichtigen, auf die für Industrie 4.0 notwendigen Qualifikationen eingehen und Gewerkschaften bei der Gestaltung und Umsetzung einbeziehen.
- die drei wichtigsten Rechte einfordern, nämlich das Recht auf Information und Konsultation der Arbeitnehmervertretungen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene, das Recht auf Aus- und Weiterbildung (lebenslanges Lernen) und das Recht auf eine klar abgegrenzte Privatsphäre am Arbeitsplatz und zu Hause.

· Schulungen anbieten und die Gender-Perspektive in gewerkschaftliche Strategien zu Industrie 4.0 einbeziehen, risikoreiche Arbeitsplätze oder Positionen und Branchen sowie die unterschiedlichen Auswirkungen auf männliche und weibliche Beschäftigte identifizieren und Frauen in STEM-Berufen (Naturwissenschaften, Technologie, Ingenieurwesen und Mathematik) fördern

· als Antwort auf die Auswirkungen von Industrie 4.0 zu einer Gewerkschaft 4.0 aufrufen

· sich durch nationale Gesetzgebung und Kollektivverhandlungen für eine angemessene Regulierung und den Schutz aller neuen Arbeitsmodelle, einschließlich Telearbeit, mobiler Arbeit und Arbeit von zu Hause, einsetzen.
